



Deutsches Solidaritätskomitee für einen freien Iran

Beiratsvorsitzende: Prof. Dr. Rita Süßmuth; Vorsitzender: Leo Dautzenberg (ehem. MdB), Stellv. Vorsitzender: Martin Patzelt (ehem. MdB), Carsten Müller (MdB), Dian Stöcker (Oberbürgermeisterin), Beisitzer: Christian-H. Zimmermann
Sekretariat in Berlin, Tel: (030) 24047704, Email: dsfi.sekretariat@gmail.com

Erklärung des Deutschen Solidaritätskomitees für einen freien Iran (DSFI)
Veröffentlichungsdatum: 20. September 2024

Iran:

Drei politische Gefangene, die die MEK unterstützen, zum Tode verurteilt – Aufruf zum sofortigen Handeln –

Das Deutsche Solidaritätskomitee für einen freien Iran (DSFI) ist zutiefst besorgt über die Todesurteile, die gegen drei politische Gefangene verhängt wurden, die Unterstützer der Volksmudschahedin Iran (PMOI/MEK) sind. Diese Gefangenen, Behrouz Ehsani, Mehdi Hassani und Mohammad Javad Vafaie Thani, wurden auf Grundlage erfundener Anschuldigungen zum Tode verurteilt.

Details der Urteile:

Behrouz Ehsani, 69 Jahre alt, wurde am 6. Dezember 2022 in Teheran verhaftet und in Abteilung 209 des Evin-Gefängnisses gefoltert. Derzeit wird er in Abteilung 4 des Evin-Gefängnisses festgehalten. Mehdi Hassani, 48 Jahre alt, wurde am 11. September 2022 in Zanjan verhaftet. Nach physischer und psychischer Folter befindet er sich nun in Abteilung 8 des Evin-Gefängnisses. Beide Gefangenen wurden unter anderem wegen „Kriegsführung gegen Gott“ und „Mitgliedschaft in der MEK“ verurteilt.

Darüber hinaus wurde Mohammad Javad Vafaie Thani, ein 29-jähriger Sportmeister und Boxtrainer aus Maschhad, im März 2020 verhaftet. Nach schwerer Folter wurde er zum dritten Mal wegen „Verderbens auf Erden“ und „Zerstörung spezifischer Eigentümer“ zum Tode verurteilt. Sein Todesurteil wurde am Mittwoch, den 18. September 2024, erlassen, und er ist nun akut von der Hinrichtung bedroht.

Aufruf zum sofortigen Handeln:

Das DSFI betrachtet diese Urteile als Teil einer systematischen Kampagne des iranischen Regimes, Dissidenten und Kritiker einzuschüchtern und zu unterdrücken. Das Fehlen einer entschlossenen internationalen Reaktion auf diese Menschenrechtsverletzungen ermutigt das Regime, seine repressiven Praktiken fortzusetzen.

Das DSFI fordert die Vereinten Nationen, den Hochkommissar für Menschenrechte, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dringend auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um diese Hinrichtungen zu stoppen und die Freilassung dieser politischen Gefangenen zu gewährleisten. Eine sofortige internationale Intervention kann Leben retten und ein globales Bekenntnis zum Schutz der Menschenrechte demonstrieren.